

# Enztal-Bote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.  
Bezugspreis RM. 2.50 vierteljährlich, RM. 1.10 monatlich;  
durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk RM. 2.00,  
im sonst inländischen Bezirke RM. 2.40 u. 30 Pf. Postbestellg.  
Anzeigenpreis: die einseitige Petitzeile oder deren  
Raum 26 Pfg., auswärts 28 Pfg., Reklamezeilen  
50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Eggenbühl Wilhelmstraße 29; in Calmbach Hauptstraße 106. Fernsprecher Nr. 88.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftl.: Th. Graf, beide in Wildbad.

Nr. 272

Samstag, 29. November 1919

Jahrgang 53

## Deutsche Antwort an Clemenceau

Berlin, 27. Nov.

Die Reichsregierung hat auf die letzte Kriegsgefangenenliste der Entente mit folgender Note geantwortet, die gestern in Paris übergeben wurde:

1. Die französische Regierung stellt die Behauptung auf, sie habe niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrags zu erfüllen. Sie hat anscheinend ihre amtliche, durch die Agence Havas am 29. August veröffentlichte Bekanntmachung vergessen. Diese Bekanntmachung lautet:

„Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Friedensvertrags mit Deutschland, soweit er die Heimführung der deutschen Gefangenen betrifft, vorzubekanntgeben. Die Arbeiten der Heimführung werden sofort beginnen. Die a. und a. Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.“

Die französische Regierung behauptet selbst nicht, daß sie diese Zusage zurückgenommen hat, weil die deutsche Regierung oder das deutsche Volk die ihnen obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt hätten. — Eine solche Zurücknahme hätte ja zum mindesten auch der deutschen Regierung mitgeteilt werden müssen. — Vielmehr leugnet die französische Regierung einfach irgend ein Versprechen abgegeben zu haben.

Diese widerspruchsvolle Haltung ist umso unverständlich, als die Erklärung vom 29. August nicht etwa ein freies Zugeständnis war, das aus Gründen der Menschlichkeit erteilt wurde, sondern die Gegenleistung für Zugeständnisse, zu denen die französische Regierung die deutsche Regierung dadurch veranlaßt hatte, daß sie ihr ein Entgegenkommen in der Kriegsgefangenenfrage versprach.

Es handelte sich dabei um die Kohlenlieferungen und zweitens um den Fall des Sergeanten Mannheim.

1. Bei den Pariser Verhandlungen über die Lieferung von Kohlen an Frankreich wurde den deutschen Vertretern am 22. August erklärt, Deutschland werde für seine Wünsche in der Kriegsgefangenenfrage kein Gehör finden, ehe mit der Kohlenlieferung begonnen sei. Sobald diese Lieferungen eingeleitet hätten, werde die Entente in dieser Frage weiteres Entgegenkommen zeigen.

2. Im Fall des Sergeanten Mannheim hatte die deutsche Regierung die Zahlung der unter Androhung militärischer Zwangsmaßnahmen der Stadt Berlin auferlegten Buße von einer Million Franken abgelehnt. Darauf wurde ihr von autorisierter französischer Stelle nahegelegt, die Angelegenheit durch ein Entgegenkommen aus der Welt zu schaffen. In diesem Fall werde Marschall Foch seinen Einfluß für die alsbaldige Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen einsetzen. Auch in Paris wurde zur selben Zeit der Fall Mannheim mit der Kriegsgefangenenfrage in Verbindung gebracht. Als der deutsche Vertreter am 26. August, nachdem der sofortige Beginn der Kohlenlieferung zugesagt war, die Bitte aus sprach, alsbald in Verhandlungen über die Heimführung der Kriegsgefangenen einzutreten, wurde dies zwar mit dem Bemerkten versprochen, daß ihm der Ministerpräsident, Herr Clemenceau, in den nächsten Tagen darüber schreiben werde, zugleich aber bei ihm der französische Vertreter, sich für die Zahlung der im Fall Mannheim verlangten Million einzusetzen, da die Erledigung dieser Angelegenheit dem Ministerpräsidenten, Herrn Clemenceau, sehr am Herzen liege.

Als die Einsetzung der Kommission sich verzögerte und der deutsche Vertreter in Paris an die Erfüllung des Versprechens mahnte, wurde ihm am 18. September mitgeteilt, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt, die Transporte würden von jetzt ab ununterbrochen laufen; zuerst kämen die Kriegsgefangenen aus England, dann die aus Amerika, zuletzt die aus Frankreich an die Reihe. Deutsch-französische Verhandlungen über diese Transporte seien nach Auffassung des Ministerpräsidenten, Herrn Clemenceau, andächtig.

Die französische Regierung wird hiernach nicht bestreiten können, daß Deutschland vor Monaten durch erhebliche Opfer das bindende Versprechen von ihr erlangt hat, die Heimführung der Gefangenen nicht bis zu dem im Friedensvertrag bestimmten Zeitpunkt auszuschieben, sondern sofort damit zu beginnen.

Die Note vom 15. November beschränkt sich nicht darauf, die Verpflichtung zur sofortigen Heimführung der Kriegsgefangenen zu bestreiten, sondern legt ausführlich dar, aus welchen Gründen die französische Regierung auch nicht gewillt ist, freiwillig vor der Inkraftsetzung des Friedensvertrags mit der Heimführung zu beginnen. Die Ausführungen stellen ein Verzeichnis aller Beschwerden dar, welche die französische Regierung gegen Deutschland erheben zu können glaubt. Die Kriegsgefangenen sind es, an die sich die französische Regierung wegen dieser Beschwerden hält.

Im Widerspruch mit den Grundsätzen des Edelmut und der Menschlichkeit, die die französische Regierung stets als ihre Richtschnur bezeichnet, müssen also Schuldlose für die vermeintlichen Verfehlungen der deutschen Regierung büßen und als Geiseln dafür haften, daß die französischen Wünsche erfüllt werden.

Diese Politik muß umso schärfer verurteilt werden, als die Behauptung, daß die Kriegsgefangenen in materieller und moralischer Hinsicht durchaus gut behandelt werden, leider nicht den Tatsachen entspricht. Sie stehen nach wie vor unter der Herrschaft des Kriegesrechts, das mit Erbarmungslosigkeit Strenge gehandhabt wird. Mühsam und Unterbringung reichen vielfach für die kalte Jahreszeit nicht aus. Zum Teil sind die Kriegsgefangenen auch noch von den Verlehr mit der Heimat abgeschnitten.

Angesichts der harten Sachlage, die durch das Versprechen der französischen Regierung geschaffen ist, könnte ein weiteres Eingehen auf diesen Teil der Note überflüssig erscheinen. Um keine falschen Eindrücke entstehen zu lassen, hält es die deutsche Regierung jedoch für angebracht, folgendes dazu zu bemerken:

1. Die deutsche Regierung hat nicht, wie es nach der Note scheinen könnte, abgelehnt, die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß sie ihre Unterschrift unter die Bestimmungen des Friedensvertrags über die Herausgabe der wegen eines Verstoßes gegen die Kriegsgefehle angeklagten Personen gesetzt hat, vielmehr hat sie unter Anerkennung der verhänglichen Verantwortlichkeiten, die aus der Ausführung dieser Bestimmungen entgegenstehen, hingewiesen und — ohne einen förmlichen Antrag zu stellen — die alliierten und assoziierten Regierung gebeten, ihrerseits zu erwidern, wie sie bei von ihnen verfolgte Zweck auf anderem Wege erreichen lasse.

2. In der zweiten Note wird gesagt, wie sich wohl die Bewohner der zerstörten Gebiete damit abfinden würden, wenn die dort mit den dringendsten Aufbaumungsarbeiten beschäftigten Kriegsgefangenen vor dem im Friedensvertrag bestimmten Termin die Arbeit aufgeben und Frankreich verlassen würden. Die deutsche Regierung kann nicht glauben, daß diese Frage in dem Sinne zu beantworten ist, wie es die Note zu verstehen gibt. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die französische Bevölke-

rung ein Herz für das Leid der Kriegsgefangenen hat und es trotz der eigenen Not vorziehen würde, wenn sie die Freiheit zurückerhielten, statt sie in hartem Frontdienst für die Handlungen büßen zu lassen, für die sie keine Verantwortung trifft.

3. Von maßgebender französischer Seite ist seit dem 11. Juli wiederholt feierlich versichert worden, daß die Kriegsgefangenenfrage nicht mit der Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete verquittet werden solle. Daran, daß noch immer kein Abgültiges Abkommen über die Bereitstellung deutscher Zivilarbeiter zustande gekommen ist, trägt die deutsche Regierung keine Schuld. Sie hat sich gleich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags bereit erklärt, deutsche Arbeitskräfte für den Wiederaufbau zu stellen und hat in den sich anschließenden Verhandlungen eingehende Vorschläge über die Art ihrer Verwendung gemacht. Gleichzeitig wurden im Inland die bereits vor Unterzeichnung des Vertrags begonnenen Vorbereitungen zur Entsendung der Arbeiter auf das eifrigste gefördert. Die französische Regierung ist darüber auf dem Laufenden gehalten worden. Die deutsche Regierung bedauert, daß es trotz ihres wiederholten Ersuchens der französischen Regierung nicht möglich gewesen ist, eine endgültige Erklärung über die deutschen Vorschläge abzugeben und die Abschnitte zu bezeichnen, in denen die Wiederaufbauarbeiten von deutschen Arbeitern ausgeführt werden sollen.

4. Nicht verständlich ist der Vorwurf, die deutsche Regierung habe alle vorläufigen Maßnahmen zur Erleichterung der Ausführung der Friedensbedingungen in Schleswig und Oberschlesien abgelehnt. Die Vorbereitungen zur Ausführung des Friedensvertrags in dem schleswigschen Abstinenzgebiet sind von der deutschen Regierung in jeder Weise erleichtert worden. Was Oberschlesien betrifft, so ist die deutsche Regierung auf den Wunsch der alliierten und assoziierten Regierungen, eine Militärmission zur Untersuchung der Lage dorthin zu entsenden, bereitwillig eingegangen. Es ist zur Genüge bekannt, daß auch nach den Feststellungen dieser Kommission die Schuld an der Aufstandsbewegung im Monat August nicht der deutschen Regierung zur Last zu legen ist.

5. Die deutsche Regierung weist die Beschuldigung zurück, daß sie planmäßig die Erfüllung der Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens verzögert habe. Deutschland hat sein Außerstes getan, um den unerhörten schweren Anforderungen, die durch dieses Abkommen gestellt wurden, gerecht zu werden. Die deutsche Regierung verzichtet darauf, hier die vielen schweren Uebergriffe und Gewalttaten zur Sprache zu bringen, durch die der Waffenstillstand von ihren Gegnern verlegt worden ist. Sie weiß, daß ihre Stimme jetzt ungehört verhallen würde. Eine spätere, gerechtere, weiende Zeit wird den Spruch darüber fällen, von welcher Seite mit größerem Recht Klage geführt werden kann.

6. Auf die Angelegenheit der Verletzung der Kriegsschiffe in Scapa Flow wird an anderer Stelle ausführlich eingegangen werden. Auch die Frage der Räumung der baltischen Provinzen braucht hier nicht behandelt zu werden, da sie zur Zeit von der interalliierten Kommission unter Führung des Generals Niefel einer Prüfung unterzogen wird, deren Ergebnis abzuwarten ist.

7. Bei dem Vorwurf, den die Note wegen der „zweideutigen, bis heute aufrecht erhaltenen Artikel“ der deutschen Reichsverfassung erhebt, handelt es sich um eine längst erledigte Angelegenheit, in der die deutsche Regierung alles getan hat, was die a. und a. Regierung von ihr verlangt hat.

8. In der Note wird endlich behauptet, die deutsche Regierung betreibe in der ganzen Welt mit ungeheuren

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

# Mündelsichere Vermögensanlage

Im ungünstigsten Fall in 20 Jahren verdoppeltes Kapital!



Mitteln eine unablässige Propaganda gegen die Alliierten. Die deutsche Regierung kann nur ihre Befremden darüber ausdrücken, daß solche Erfindungen Glauben finden und der Aufnahme in ein amtliches Schriftstück für würdig erachtet werden. Sie hofft, daß die a. und a. Regierungen ihre Aufmerksamkeit dadurch nicht von der Kriegsgefangenenfrage ablenken lassen, die mit jedem Tag ernster und dringlicher wird und in der Deutschland auf das Mitgefühl aller zivilisierten Völker rechnen zu können glaubt.

## Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 26. Nov.

Abg. Semmler (D. Nat. V.) begründet die Interpellation Arnstadt.

Abg. Dr. Heinze (D. V. B.): Bei der bedrohlichen Gestaltung der Ernährungsfrage infolge der schlechten Witterung ist unsere Lage äußerst schwierig. Neben uns einige Wochen guten Wetters übrig, so können wir hoffen, daß alles gut ausgeht und wir über die schwere Zeit hinwegkommen. Die Zwangswirtschaft seufzt jedoch den Produzenten. Die Grundlagen der Landwirtschaft müssen neu aufgebaut werden, der Landwirt muß nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen und die Erzeugung gesteigert werden. Die Deckung des Bedarfs an Brotgetreide ist nur möglich, wenn man ein Prämiensystem einführt und die Landarbeiter ihr Deputat bekommen. Die Zwangswirtschaft in der Zuckererzeugung muß bald ganz fallen. Die Schweinezucht muß gehoben werden. Folgt die Regierung unseren Anregungen nicht, so lehnen die Vertreter der Landwirtschaft jede Verantwortung für den Zusammenbruch unserer Ernährung ab. Aber man will den Landwirt niederhalten. Er soll von seiner Scholle herunter. (Lachen links, Beifall rechts.) Die Stickstoff- und Kalisubstanz müssen endlich zu lebenswichtigen Betriebsmitteln erklärt werden. Bei der Haltung der Regierung wird die Landwirtschaft gezwungen, allmählich zur extensiven Bewirtschaftung überzugehen. Die Regierung muß für Saatgetreide und Saatkartoffeln sorgen, sonst besteht im nächsten Frühjahr eine bedenkliche Lücke.

Abg. Herold (Z.) begründet die Interpellation Trimborn (Z.) betreffend Forderung der Erzeugung der landwirtschaftlichen Erzeugung und zugleich den Antrag Blume (Z.) betreffend Minderungen der durch den Frost verursachten Schäden an Hackfrüchten. Die Gefahr des Uebergangs zur extensiven Wirtschaft ist sehr groß. Die Valutadifferenz nötigt uns, auf absehbare Zeit unseren Ernährungsbedarf nach Möglichkeit aus der eigenen Produktion zu decken. Die Weltmarktpreise können für uns nicht maßgebend sein. Zur Milderung der Schäden bei den Hackfrüchten muß bis zur Bergung der Hackfrüchte die Arbeitszeit verlängert werden. Die Stickstoff- und Kaliverluste müssen mit Kohlen bedeckt werden.

Minister Schmidt: Die für die Kartoffeln eingeführte Schnellereisprämie hatte keinen vollen Erfolg, wegen der Verkehrs- und Witterungschwierigkeiten. Ein guter Teil der noch ungerenteten Kartoffeln dürfte für die Ernährung noch zu gebrauchen sein. Die Bekleidesperre hat nicht allen Erwartungen entsprochen. Wir hoffen, einen großen Teil der Zuckerindustrie zu retten. Um zu verhindern, daß sie verfallt, müssen wir die Zuckerpreise erhöhen. Die Futterrationen müssen wir auf der jetzigen Höhe erhalten zu können. Die Steigerung der Margarinefabrikation ist eine Kohlenfrage. Ich nehme die Streckdrohungen der Landwirtschaft noch immer nicht so ernst, denn ich kann mir nicht denken, daß wir unsere ganze Ernährung werden über den Haufen werfen wollen. Das heimische Brotgetreide müssen wir möglichst reiflos erlassen. Ich richte an die Landwirte die Bitte, kein Brotgetreide zu verfüttern. Wegen des Schiebertums wird hoffentlich das neue Wadengesetz günstig wirken. Der Grundbau, einen Teil eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses zwangsweise zu erlassen, den Rest für den freien Handel freizulassen, würde starke Verzögerungen mit sich bringen. Es erscheint mir fraglich, ob wir das nächste Jahr die Freigabe des Hafers aufrecht erhalten können, da im Hinblick auf die hohen Preise jetzt plötzlich mehr Hafer angebaut wird. Die Mehlanläufe im Ausland müssen wir bei dem Valutafaktor auf das geringste Maß beschränken. Vorläufig scheint mir die Gefahr eines Uebergangs zur extensiven Wirtschaft nicht allzu groß zu sein. Auch bei dem Viehstand macht sich die Neigung eines, wenn auch geringen Aufstiegs bemerkbar. Auch die Schweinehaltung zeigt ein Aufsteigen. Wie werden bei der Lösung der Landarbeiterfrage große Schwierigkeiten zu bewältigen haben. Die städtischen Arbeiter, die auf das Land gehen, verlangen anständige Wohnungen und Löhne. Die Landwirte wollen keine Lasten bewilligen. Es rächt sich jetzt, was die Landwirte versäumt haben. Der Kleinbesitzer, der Kleinbauer muß begünstigt werden. Das Siedlungsrecht soll dabei helfen. Die Entbehrungen der städtischen Bevölkerung in der Ernährung sind so groß, daß es nicht verwunderlich ist, wenn sich eine große Erbitterung und Erregung in der städtischen Bevölkerung zeigt und sich auch politisch auswirkt. Die Grundlage unserer Ernährung muß vegetabilisch bleiben. Die Zwangswirtschaft kann noch nicht aufgehoben werden. Zu umfangreicher Einfuhr aus dem Ausland haben wir kein Geld. Wir können die Lebensmittelpreise nicht ins Ungemessene steigen lassen, weil sie sonst wieder eine Steigerung der Löhne zur Folge haben müßten. Dafür bin ich nicht zu haben.

Abg. Wachholtz de Wente (Dem.): Es ist erfreulich, daß wir der notleidenden österreichischen Bevölkerung von unseren Vorräten noch abgeben konnten. Von einer Fleischverförmung des deutschen Volkes kann nicht mehr gesprochen werden. Nur der langsame, aber vollständige Abbau der Zwangswirtschaft kann helfen.

Fr. Lobahl (Soz.): Die technischen Arbeiter auf dem Lande streiken, weil sie sich die unwürdige Behandlung durch die Grundbesitzer nicht gefallen lassen können. (Unruhe rechts.) Wenn die städtischen Arbeiter zur Selbsthilfe aus Schieberwaren zu Wucherpreisen schreiten müssen, zu Lohnforderungen und zu Streiks, ist es nicht zu verwundern. Jede Freigabe der Wirtschaft wäre ein Mißgriff.

Abg. Duike (D. V. B.): Das Betriebsrätegesetz würde unser Wirtschaftsleben ruinieren und dem Feinde ausliefern und auf die Landwirtschaft katastrophal wirken.

## Neues vom Tage.

### Die Betriebsräte.

Berlin, 27. Nov. Die Fraktionen der Mehrheitsparteien traten gestern zusammen, um den Ausgleich in der strittigen Frage der Betriebsräte zu schaffen. Die Demokraten schlugen vor, zunächst das zwangsmäßige Schiedsgericht zur Verhütung der Streiks einzuführen. Unter dieser Voraussetzung sollen ein oder zwei Mitglieder der Betriebsräte in den Aufsichtsrat der Gesellschaften eintreten können zur Mitbestimmung bei der Organisation der Betriebe. Alle Vierteljahre solle ein Bericht über die Lage des Gewerbes und des einzelnen Betriebs erstattet werden und die Räte sollen das Recht der Einwirkung in die Geschäftsaufsicht (Vollmacht), aber nicht in die Unterlagen dazu haben, wenn der Betrieb mindestens 100 Angestellte und 500 Arbeiter beschäftigt. Die Besprechungen werden heute fortgesetzt.

### Aus dem Parleben.

Berlin, 27. Nov. Zum ersten Vorkandidaten der Zentrumsfraktion wurde Staatssekretär a. D. Trimborn, zum zweiten und dritten Becker und Reich gewählt.

### Neue Lage Erzbergers.

Berlin, 27. Nov. Reichsfinanzminister Erzberger hat gegen die „Deutsche Zeitung“ Strafantrag gestellt wegen einer Nachricht, die von der Gründung einer Vereinigung für Aus- und Einfuhr durch Herrn Erzberger und gewisse Herren sprach.

### Scheidemann Oberbürgermeister.

Kassel, 27. Nov. Von sozialdemokratischer Seite war vor mehreren Wochen dem Abg. Scheidemann der Posten des Oberbürgermeisters von Kassel, seiner Vaterstadt, angeboten worden. Scheidemann hat die Kandidatur angenommen. Die Sozialdemokraten haben in der Stadtvertretung die Mehrheit.

### Der Fall Ellarz.

Berlin, 27. Nov. Der Berliner Skandal zieht weitere Kreise. Die Enthaltungen des Sonnfeld bezichtigten Journalisten und Abgeordneten Parvus (S.), daß er 1,4 Millionen Mark angeblich zu wissenschaftlichen Zwecken an den „Verlag für Sozialwissenschaft“ gegeben habe, das Geld sei aber für persönliche Zwecke bestimmt gewesen. Parvus habe zugleich mit dem Ellarz in wechselseitigen Geschäftsbeziehungen gestanden, sie sollen Kohlen- und Schließgesellschaft gegründet haben, wozu öffentlich Gelder flossen. Ellarz soll weiter dem früheren kommunistischen Polizeipräsidenten von Berlin, Abg. Eichhorn, namhafte Summen zugewendet haben. Ferner werden große Handelsgeschäfte des Ellarz mit „aufrangiertem“ Heeresgut verzeichnet.

### Gnädigt genehmigt.

Kiel, 27. Nov. Die Ostseezeitung teilt mit: Die Handelsfreiheit zwischen deutschen Häfen und der deutschen Ostseeküste ist von der alliierten Waffenstillstandskommission für Segelschiffe und Motorsegelschiffe bis zu 100 Brutto-Registertonnen „genehmigt“ worden.

### Aus dem besetzten Gebiet.

Strasbourg, 27. Nov. Die französischen Behörden schreiben in den Blättern den Zwangsverkauf der großen deutschen Betriebe aus, so die Druckerei der „Strasbourg Post“, die Warenräume der Würt. Metallwarenfabrik, das Bierhaus zum Münchener Kind u. a.

### Die Rheinwasserkräfte für Frankreich.

Basel, 27. Nov. (Havas.) Der neuernannte Präsident der Zentralkommission für den Rhein, Clavelle, hat ein Projekt für die Ausnützung der Vorteile der Rheinwasserkräfte entworfen, d. h. einerseits die Kupfarma- chung der Kräfte von Basel nach Rotterdam für die Ein- und Ausfuhr, andererseits die Schaffung von gewaltigen Zentralkraftwerken links des Rheins, die ihre elektrischen Energien an alle Pariser Bezirke entsenden würden.

### Der Rückzug aus dem Baltikum.

Berlin, 27. Nov. Zahlreiche Eisenbahnzüge mit Flüchtlingen liegen in Kurland und Litauen auf der Strecke. Außerdem drängen dichte Scharen von Letten und Balten zu Wagen und zu Fuß der deutschen Grenze zu, getrieben von der Furcht vor den Letten und Bolschewisten.

In der „Deutschen Allg. Ztg.“ wird gesagt, in Ostpreußen sei wegen der zurückflutenden deutschen Truppen nichts zu befürchten. Die Truppen werden mit der Bevölkerung nicht in Berührung kommen, sondern in Sammelagern untergebracht werden.

Die „Kreuzzeitung“ meldet, der Generalbevollmächtigte des Deutschen Reichs in Kowno, Zimmerle, sei ausgewiesen worden. Amtlich wird dagegen ausgeführt, Zimmerle weile zu dienstlichen Besprechungen in Berlin. Die deutsche Gesandtschaft in Mitau ist nach Berlin zurückgenommen worden; ein Vertreter der Gesandtschaft befindet sich in Riga und Libau.

### Wahlverschiebung.

Budapest, 27. Nov. Die Wahlen zur Nationalversammlung wurden auf den 25. Januar verschoben.

### Skandal und kein Ende.

Stockholm, 27. Nov. Die Minister Schotte und Ruben haben ihre Entlassung gegeben. Sie sind Inhaber eines großen Handelsgeschäfts und sollen, wie in den Blättern ihnen vorgeworfen wird, ihre Ministerstellung zu skandalösen Geschäften mißbraucht haben.

### Der Krieg im Osten.

Stockholm, 27. Nov. Das Finnländische Pressebureau teilt mit, daß General Glazenapp zum Kommandanten der russischen Nordwestarmee ernannt worden sei. Seine Armee wurde nach ihrem Rückzug auf estländisches Gebiet unter estnisches Oberkommando gestellt. Zudem hat seine Funktionen niedergelegt und bleibt nur Vertreter der Regierung Koltshals.

### Tittoni geht.

Rom, 27. Nov. Der Minister des Aeußern Tittoni ist zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde der Senator Scialoja ernannt.

### Churchill gegen Verdächtigungen.

London, 27. Nov. Im Unterhaus erklärte Minister Churchill auf eine Anfrage, der Nachricht, daß in Schwarzwald zahlreiche Artillerie, große Lager von Munition und anderes Geräte für ein großes Heer bereit liegen, sei nach den Erkundigungen des englischen Kriegsministeriums kein Glaube beizumessen. (Die Verdächtigung ist offenbar wieder von Deutschland hingenommen worden.) Churchill teilte ferner mit, daß seit 11 Monaten verschollene Munitionsdampfer „Avenure“ sei wahrscheinlich auf der Fahrt nach Archangels mit Mann und Maus untergegangen.

### Von der Friedenskonferenz.

Paris, 27. Nov. (Havas.) Stambulinski hat den Friedensvertrag mit Bulgarien heute vormittag 10.40 Uhr unterzeichnet.

### Lloyd George gegen die irischen Nationalisten.

London, 27. Nov. Die Regierung ließ in Dublin eine Verfügung bekannt machen, die alle nationalistischen Vereinigungen der Irländer aufhebt.

### Verschwörung in Athen.

Athen, 27. Nov. Die Regierung des Venizelos will eine Verschwörung ehemaliger Offiziere und Unteroffiziere des Königs Konstantin entdeckt haben. Venizelos ließ eine große Anzahl von Offizieren, darunter den General Limbritis, die Obersten Dabler, Kalfidos und Starlot verhaften.

### Der Schwäger Annunzio.

London, 27. Nov. Annunzio, dessen Treiben in Rom die italienische Regierung immer noch kein Ende gemacht hat, erklärte einem Vertreter des „Daily Express“: Wenn es mir passen würde, könnte ich morgen an der Spitze von 600 000 Mann nach Rom marschieren.

Annunzio bereitet nach dem „Avanti“ einen Handstreich auf Triest vor.

### Nationale Arbeiterpartei in Amerika.

Amsterdam, 27. Nov. Das Pressebureau Radio meldet, daß in Chicago die Gründung der neuen amerikanischen nationalen Arbeiterpartei stattgefunden hat.

### Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

Washington, 27. Nov. Der Ministerrat trat gestern zur Beratung der Frage zusammen, welche Schritte zu ergreifen seien, falls Präsident Carranza die Auslieferung Jenkins verweigern sollte. — Neuere Nachrichten aus Mexiko melden, daß in Veracruz 10 der reichsten Viehbauer von Räubern fortgeschleppt worden seien, die nur ein Lösegeld von 15 000 Pesos verlangen.

### Keine Abrüstung.

Basel, 27. Nov. „Information“ meldet aus Buenos Aires, Argentinien, Brasilien und Chile haben die Abrüstung ihrer Heere abgelehnt.

Berlin, 27. Nov. Der Rückmarsch der Truppen aus dem Baltikum vollzieht sich im allgemeinen in guter Ordnung. Die Angriffe der lettischen Truppen östlich und westlich Schaulen, sowie die Bestörungen der Telegraphen- und Fernspreitleitungen dauern an. Bis zum 26. November sind 2000 Flüchtlinge und 1600 Militärpersonen an der Grenze angekommen. Die zurückkehrenden Kolonnen werden von zahlreichen Flüchtlingen begleitet.

Hamburg, 27. Nov. Die Ablieferung der deutschen Petroleumschiffe an England hat begonnen. Von der Deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft ist das Tankschiff „Voti“ nach dem Firth of Forth ausgefahren.

### Die Beisetzung Gröbers.

Weingarten, 27. Nov. Ein wolkenloser blauer Himmel wölbte sich heute früh über der alten Stadt Weingarten, wo es galt, die sterbliche Hülle Gröbers zur letzten Ruhe zu betten. Unter der großen Zahl der Leidtragenden bemerkte man an der Spitze der Geistlichkeit den Weibsbischof Dr. Sproll. Als Vertreter des Reichsfinanzministers Erzberger, der durch bringende Steuerangelegenheiten ferngehalten wurde, war Ministerialdirektor Frhr. v. Stockhammer zugegen. Die Württ. Regierung war vertreten durch den Kultusminister Dr. Nieber, den Ernährungsminister Graf und den Justizminister Holz, ferner den früheren Ernährungsminister Baumann, der zugleich mit dem Abgeordneten Scheef die Deutsch-dem. Partei vertrat. Von der Bürgerpartei erblickte man den Stadtpfarrer Wurm, von der sozialdemokratischen Partei den Abg. Gehring. Das Landtagspräsidium hatte den ersten Vizepräsidenten Ministerialdirektor Dr. Keck entsandt, auch der zweite Vizepräsident, Landgerichtsdirektor Walther, war an der Spitze der vollzähligen Zentrumsfraktion des Landtags erschienen. Die badiische Zentrumsfraktion hatte in der Person des Abg. Rechtsanwalt Bauer-Konstanz einen dem Berewigten besonders nahestehenden Freund abgeordnet.

Allmählich sammelte sich vor dem Trauerhaus, wo in der Wohnung eines Neffen Gröbers, des Postsekretärs Gichtel, der Sarg aufgebahrt war, der Trauerzug. Nach Vorträgen des Stiftskirchenchors setzte sich bei gedämpftem Trommelschlag und dem Chopinschen Trauermarsch der langgestreckte Zug zum Friebof in Bewegung. Die Feuerwehr trug den schlichten braunen Sarg zum Grabhügel, der die Mutter Gröbers bereits aufgenommen hatte.

Stadtpfarrer Pfaff, assistiert von zwei anderen Geistlichen, nahm die Einsegnung vor und sprach sodann zur Trauerversammlung, indem er die Worte an die Spitze stellte: „Sei getreu bis in den Tod, so wirt die Krone des Lebens gegeben.“

Ministerialdirektor Dr. Keck legte namens des Landtagspräsidiums den ersten Kranz nieder, dann folgte Domkapitular Leicht-Bromberg, der im Auftrag der Reichstagsfraktion einen Kranz niederlegte und ein Schilderung der Aufbahrungs- und Ueberführungsfestlichkeiten in Berlin gab. Als Gröber durch die Siegesallee in Berlin geführt wurde, da sei es ein Siegeszug bei katholischen Gedankens gewesen, dem sein Leben und Arbeiten bis zum letzten Atemzuge gehörte. Weitere Kranzspenden wurden unter Ansprachen niedergelegt von Direktor v. Stockhammer für den Minister Erzberger, von Justizminister Holz für die Zentrumsfraktion des Landtags, der Gröber als katholischen schwäbischen Demokraten im besten Sinne des Wortes feierte, ferner von Landgerichtsdirektor Bauerle namens der württ. Zentrumsfraktion, von Oberamtsrichter Dr. Rauch-Lanpheim für den 15. Reichstagswahlkreis, von RA. Dr. Tittoni für den Bezirk Niedlingen, von Abg. Gehring-Ulm namens der soz. Fraktion des Landtags, von Stadtschultheiß Mayer-Niedlingen namens der Heimatgemeinde Gröbers, von Stadtpfarrer Nau-Weilbronn namens dieser Stadt.

Für den kath. Volksverein sprach dessen Sekretär D. Nues, namens der Verbindung Alemania-Tübingen Stud. Dugger und Prof. Böckler-Ravensburg. Im Auftrag der Kongregation der Barmherzigen Schwestern und des Verwaltungsrats des Mineralbades Dörsenbach legte Redakteur Treiber einen Kranz



# Dringende Bitte!

Die **Kinderschule in Sprollenhäus** ist durch die Ungunst besonderer Verhältnisse und durch die ungeheure Preissteigerung in solche Notlage geraten, daß sie demnächst aufgelöst werden muß, wenn ihr nicht jetzt reichliche private Gaben über die augenblickliche Nothzeit weggeholfen. Es wäre für die Gemeinde Sprollenhäus ein einschneidender Verlust, wenn dieses dort so notwendige Werk eingestellt werden müßte. Und so wende ich mich an solche, die es können, mit der dringenden Bitte, uns rasch zu helfen. Besonders dankbar wären wir für die Zusicherung regelmäßiger **Jahresbeiträge**. Aber auch größere oder kleinere **einmalige Gaben** sind sehr willkommen und werden dankbar entgegengenommen bei dem

Vorstand:  
Stadtvicar Zint,  
Ulgastraße 19.

## Flaschen-Bier

(Originalabfüllung d. Brauerei Dinkelacker)  
auch über die Strasse  
empfiehlt  
Café Winkler -:- Wildbad.

## Bei Schwerhörigkeit, Ohrenschmerzen

nerb. Ohrenschmerzen etc. leistet unsere ges. gesch. Gehörpatrone „**Bonophon**“ hervorragende Dienste. Herzl. begutachtet. Zahlreiche Dankschreiben z. B.: Fr. Ph. B. in G. schreibt wörtlich: „Von meiner 20jährigen Schwerhörigkeit wurde ich vollständig durch Ihre bestbewährte Methode nach 4 wöchentlich Kur geheilt. Auskunft kostenlos durch **Willberger & Cie. Stuttgart B. 693** Warnung vor Nachahmung!“

## Unabhäng. sozialdem. Partei

Samstag, den 29. Novbr., abends 8 Uhr  
im „Bad. Hof“ in Wildbad

## Versammlung

Tagesordnung:  
1) Geschäftsbericht -:- 2) Gesamtvorstandswahl.  
Der Obmann.

## Stahl & Federer Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.

Zur Förderung des bargeldlosen  
Zahlungsverkehrs eröffnen wir

## zinstragende Scheck- u. laufende Rechnungen

zu günstigen Bedingungen.



## Kinderwagen Sportwagen Kindermöbel Leiterwagen

sowie einzelne Räder in nur bester  
200 - Ausführung.

Lederwaren, Koffer u. Reiseartikel,  
empfiehlt

Wilh. Proß, Pforzheim  
Ecke Berrenner- u. Baumstr. 17



## Ein Gutes Buch

ist die beste  
Unterhaltung  
an langen Abenden.

## Meine Leihbibliothek (6000 Bände)

bietet reiche Auswahl bei billigster Lesegebühr.  
**J. Paucke, Buchhandlung u. Leihbibliothek**  
Wildbad, Hauptstrasse 99.

Neuenbürg.

Unterzeichneter empfiehlt sich im

## Gerben von Fellen aller Art

in Pelz und Fußteppichen bei sachmännlicher  
Ausführung und billigster Berechnung. Dasselbst

## Ankauf von Fellen

zu höchsten Preisen.

Chr. Dietrich -:- Turmstraße 95.

## Die Gesundheit der Familie

ist ein stehender Begriff,  
den man erst einzuschätzen  
weiß, wenn sich eine Krank-  
heit in der Familie einge-  
bürgert hat und es gelun-  
gen ist, sie durch den

## Wohlmuth'schen elektro-galvanischen Heilapparat

zu beseitigen. Mehr als  
10 000 Familien haben  
diese wohltuenden Erfah-  
rungen gemacht und zwar  
in besonders schweren  
Fällen wie Sicht,  
Rheumatismus, Lähmungen  
Nervenstörungen usw. Sie  
alle preisen diesen Heil-  
apparat als wahre Wohltat  
für die Familie. Verlangen  
Sie die beschriebenen Beschrei-  
bungen von uns oder  
unserm Vertreter.

**G. Wohlmuth & Co.,**

Fabrik elektro-galv.  
Heilapparate Konstantz,  
Kreuzlingerstraße.

— Alleinvertretung: —  
Medizinal-Dr. phil.  
Grundner Nachfolger  
Zah.: Gebr. Schmitz,  
Wildbad, Hauptstrasse.

## 3-4 tüchtige Möbelschreiner

können sofort bei gutem Lohn  
eintreten **Gottl. Maier**  
Schreinermeister.

## Einige tüchtige Bügelinnen

suchen dauernde Beschäfti-  
gung in der

## Dampf-Waschanstalt Birkenfeld.



Alle Musik-  
Instrumente  
für Haus und  
Orchester von  
den einfachsten  
Schüler- bis zu den feinsten,  
Mittler- bis zu allen alles  
Zubehör, Saiten u. s. w.  
empfehlen in reicher Auswahl  
**Musik-Haus Gurtz**  
Großhandel und Einzelverkauf  
Pforzheim, Leopoldstr. 17  
(Arkaden Rodaschhofstraße.)

Ankauf abgegriffener Gram-  
mophon-Platten u. Bruch  
Alle Reparaturen und Stimmen.



# Buchhandlung Trittler

König-Karl-Strasse 187 Wildbad König-Karl-Strasse 187

empfiehlt zum kommenden **Weihnachts-Feste**  
ein **reichhaltiges Lager in:**

### Moderner Literatur

Ludendorff -:- Tirpitz  
Bismarcks-Erinnerungen III. Bd.

Feinstes Briefpapier  
Siegelstöcke  
Brieflacke

Poesie und  
Postkarten-Albums  
Schreibtischgarnituren

Spielkarten  
Luxuskartonagen  
Gerahmte Bilder

Almanche und  
Kalender für 1920

Weihnachts- und  
Neujahrs-Karten

Unzerreißbare  
Kinder-Bücher  
Münchener Kleinkunst

Mal-Bücher  
Malkasten  
Farbstifte

Jugendschriften  
für

Knaben und Mädchen

Theaterstücke -:- Couplets  
Kinderaufführungen für  
Vereine -:- Schulen

Federkasten -:- Reißzeuge  
Reißschiene -:- Winkel

Alle in hiesigen Lehranstalten  
benötigte  
Schulbücher und Hefte